

„Verhängnisvoll“!

Koblenz. 06.09.16. „Verhängnisvoll“, so wertet der Vorsitzende des Koblenzer Stadtverbandes der LINKEN, Christian Hirkes, die Entscheidung des SPD-Parteipräsidiums, dass bisher ausgehandelte CETA-Abkommen zu befürworten. „Mit ihrem Ja zu CETA will das SPD-Präsidium den für den 19. September angesetzten Konvent der SPD beeinflussen“, so Hirkes weiter.

Nach Informationen der TAZ, der Süddeutschen und der Frankfurter Rundschau ist der CETA Vertragstext final ausgehandelt und in alle EU-Sprachen übersetzt. Veränderungen sind nicht mehr vorgesehen. Vertreter der SPD Linken wie Stegner, Miersch und die hessische Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt, wollen zwar noch Änderungen erreichen, doch schwächen sie ihre Position, indem sie den jetzt vorliegenden Vertragstext nicht klar ablehnen.

Besonders kritisiert Gert Winkelmeier, stellv. Vorsitzender des Koblenzer Stadtverbandes der LINKEN, die rheinland-pfälzischen Vertreter im SPD-Präsidium. Die rheinland-pfälzische Finanzministerin, Doris Ahnen, und die aus Trier stammende Generalsekretärin ihrer Partei, Katarina Barley, stimmten CETA zu, das als Blaupause für TTIP gilt. „Vor allem Frau Barley vermittelte während ihrer Rede am 1. Mai auf der DGB-Veranstaltung in Koblenz den Eindruck, dass sie die Gewerkschaftslinie vertritt, dass TTIP und CETA abgelehnt werden müssen. Im SPD-Präsidium stimmt sie CETA zu, damit man in Verhandlungen Änderungen erreichen kann. „Das ist naiv und eine Irreführung Tausender SPD-Mitglieder, die ehrlichen Herzens gegen die beiden Handelsabkommen sind“, so Winkelmeier.

Die LINKE kritisiert CETA vor allem aus 4 Gründen:

- 1) Die CETA Ausschüsse sollen den Vertrag zwar weiter entwickeln, aber ohne die Rückkoppelung zu den nationalen Parlamenten und im Hauptausschuss sitzt noch nicht mal ein Vertreter aus Deutschland.
- 2) CETA wird das Vorsorgeprinzip aushebeln. Das heißt, normalerweise kommen in Europa nur Produkte auf den Markt, die nachweislich nicht die Umwelt und die Gesundheit gefährden. Kommt CETA durch, darf alles auf den Markt. Gibt es Gesundheitsschädigungen, können nur die bereits nachweislich Kranken BürgerInnen klagen, was Jahre dauern wird, ohne dass das Produkt vom Markt genommen werden wird. Das ist die Umkehrung des Vorsorgeprinzips.
- 3) CETA sieht Investitionsgerichte vor. Ausländische Firmen können einen Staat auf Schadensersatz verklagen, wenn er Gesetze erlässt, die zu Profiteinbußen bei den multinationalen Konzernen führen. Gabriel behauptet zwar, dass es sich bei den Schiedsgerichten nicht um private, sondern um öffentlich-rechtliche Gerichte handeln wird, das steht so eindeutig im CETA-Vertrag aber nicht drin.
- 4) CETA soll zur vorläufigen Anwendung kommen, noch bevor ein einziger Abgeordneter im Parlament seine Hand dafür gehoben hat. CETA soll, so will es der Ende September tagende EU-Rat, vorläufig zur Anwendung kommen. So werden die nationalen Parlamente ausgehebelt, es werden Fakten geschaffen, bevor in der Union abgestimmt werden kann.

„Warum dann überhaupt noch wählen?“, fragt der LINKEN Politiker Hirkes in diesem Zusammenhang. Das Koblenzer Landesauschutzmitglied, Jürgen (Onko) Stange, findet

bereits die Tatsache, dass US-Firmen Briefkastenfirmen in Kanada gründen können, die dann über CETA alle nationalen Länder verklagen können, sehr beängstigend für unsere unmittelbare Zukunft.

Aber auch der rheinland-pfälzische Landesverband der LINKEN wird von der Koblenzer LINKEN kritisiert. Am vergangenen Samstag (3.9.16) haben nur 10 Mitglieder des Landesausschusses (LA) für eine Verlegung der Landesvertreterversammlung, die am 17.9.16 stattfinden soll, gefunden. Während ganz Deutschland in 7 Großstädten gegen TTIP und CETA demonstriert, stellt die LINKE in Kaiserslautern ihre Bundestagsliste für den Herbst 2017 auf. „Das ist ein politisches Armutszeugnis und Verantwortungslosigkeit des rheinland-pfälzischen Landesvorstandes der LINKEN und seines LA“, sagte Jürgen (Onko) Stange, der feststellen musste, dass es der großen Mehrheit des Landesausschusses wichtiger ist, eine Liste zu wählen. „Das hätte man problemlos auch zu einem späteren Zeitpunkt machen können, zumal der Wahltermin der Bundestagswahl noch gar nicht feststeht“, so Stange. Hirkes und Winkelmeier bezeichneten es als schweren politischen Fehler, dass die rheinland-pfälzische LINKE ca. 100 Funktionäre für eine Listenwahl bindet, statt sie mit voller Kraft für die Demonstrationen in Frankfurt und Köln werben zu lassen. „Das ist fahrlässiges und unpolitisches Handeln“, stimmen sie mit dem LA-Delegierten Stange überein. DIE LINKE wird damit ihrem politischen Auftrag in Rheinland-Pfalz nicht gerecht.